



---

## **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**

45. Sitzung (öffentlich)

9. Oktober 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

<b>Verhandlungspunkte und Ergebnisse:</b>	<b>Seite</b>
<b>1 Aktuelle Viertelstunde:</b>	<b>1</b>
<u>hier:</u> <b>Aktuelle Entwicklung der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen</b>	
Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Innenminister Dr. Fritz Behrens entgegen und führt darüber eine Aussprache.	
<b>2 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/3930 Zuschriften 13/2984, 13/2998, 13/3045, 13/3079 und 13/3082	
Der Ausschuss kommt überein, hierzu ein Expertengespräch durchzuführen.	

**3 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen** 5

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Die Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung wird aufgrund einer noch durchzuführenden Anhörung im federführenden Ausschuss zurückgestellt.

**4 Polizeistrukturereform für mehr Sicherheit in NRW** 5

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4352

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zuzustimmen.

**5 Schuleingangsuntersuchung entbürokratisieren - Attest des Kinderarztes anerkennen!** 11

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4320

Der Antrag wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss abgegeben.

**6 Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst** 11

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4328

Der Ausschuss vertagt die Beratung über diesen Antrag und kommt überein, an der Anhörung im federführenden Ausschuss am 6. November 2003 nicht im Rahmen einer Pflichtsitzung teilzunehmen.

- 7 Duales Ausbildungssystem für junge, geduldete Ausländer öffnen** 11  
Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/4161

Der Ausschuss kommt auf Wunsch der Abgeordneten Monika Düker (GRÜNE) überein, die Beratung über den Antrag zu vertagen.

- 8 Entwurf einer Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren bei der Unabkömmlichstellung (AVUKVO NRW)** 12  
Vorlage 13/2308

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Verordnungsentwurf befasst und wurde damit ordnungsgemäß gehört.

\*\*\*\*\*



Ausschuss für Innere Verwaltung  
und Verwaltungsstrukturreform  
45. Sitzung (öffentlich)

09.10.2003

rt-be

**Frank Baranowski (SPD)** lässt verlauten, er könne verstehen, dass die Opposition versuche, Schlagzeilen zu produzieren. Man dürfe sich jedoch die Zahlen nicht einfach so zurechtlegen, dass sie zu den Schlagzeilen passten. Dies lasse seine Fraktion der Opposition nicht durchgehen. Darüber hinaus sei er als Nichtpolizist auch nicht bereit, in diesem Ausschuss eine Diskussion über Einsatztaktik zu führen. Von daher halte er eine solche Diskussion für höchst fragwürdig.

Des Weiteren sei es nicht akzeptabel, wenn Zahlen, die nichts mit der Realität zu tun hätten, veröffentlicht würden. Dies würde vonseiten des Abgeordneten Horst Engel (FDP) nicht zum ersten Mal gemacht. Von daher sei für ihn die Glaubwürdigkeit des Abgeordneten Horst Engel (FDP) als Gesprächspartner, und zwar auch bei anderen Themen der Innenpolitik, auf einem Tiefpunkt angelangt.

**Monika Düker (GRÜNE)** führt aus, sie halte es durchaus für legitim, im Ausschuss auch einmal über Einsatztaktik zu reden. Auch sie sei mit der Einsatztaktik der Polizei nicht immer einverstanden, wenn es z. B. um Demonstrationen gehe. Die Intention ihrer Fraktion dabei sei jedoch immer, etwas zu verbessern, und dies gehe nur, wenn darüber mit den Fachleuten diskutiert werde. Hierum sei es der FDP-Fraktion allerdings nicht gegangen, sondern sie wolle lediglich eine Schlagzeile produzieren. Diese Vorgehensweise halte sie für sehr fragwürdig. Mit derartigen Schlagzeilen werde die Unsicherheit in der Bevölkerung geschürt. Von daher halte auch sie dieses Vorgehen für nicht lauter und scheinheilig.

Darüber hinaus sei es unseriös, Zahlen und Statistiken herauszugeben, die man durch eine Art Rundrufaktion erhalten habe. Auch sie habe den Abgeordneten Horst Engel (FDP) seriöser eingeschätzt. Hier habe er eindeutig über das Ziel hinausgeschossen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

## 2 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3930

Zuschriften 13/2984, 13/2998, 13/3045, 13/3079 und 13/3082

**Vorsitzender Klaus Stallmann** weist auf einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und darauf hin, dass CDU- und FDP-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt eine Anhörung bzw. ein Expertengespräch wünschten. Nach Auskunft der SPD-Fraktion werde diesem Wunsch entsprochen.

**Jürgen Jentsch (SPD)** plädiert dafür, diese Anhörung so schnell wie möglich durchzuführen, um den Gesetzentwurf möglichst bald verabschieden zu können. Vor diesem Hintergrund bitte er die Landesregierung darum, eventuelle Änderungen noch vor der Anhörung einzubringen, um auch diese mit den Experten beraten zu können.

Ausschuss für Innere Verwaltung  
und Verwaltungsstrukturreform  
45. Sitzung (öffentlich)

09.10.2003

rt-be

**Vorsitzender Klaus Stallmann** schlägt vor, sich am Rande des Plenums in der nächsten Woche auf einen Termin zu verständigen. Darüber hinaus plädiert er dafür, keine Anhörung, sondern ein Expertengespräch durchzuführen. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

### **3 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

**Vorsitzender Klaus Stallmann** teilt mit, der Landtag habe am 24. September 2003 den Gesetzentwurf zur Mitberatung dem Innenausschuss überwiesen. Die federführende Beratung liege beim Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Er habe erfahren, dass auch zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung stattfinden solle, und zwar am 10. November 2003. Vor diesem Hintergrund schlage er vor, die Beratung über diesen Gesetzentwurf zurückzustellen. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

### **4 Polizeistrukturereform für mehr Sicherheit in NRW**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4352

**Vorsitzender Klaus Stallmann** führt aus, der Antrag sei an den Innenausschuss durch Plenarbeschluss vom 2. Oktober 2003 überwiesen worden. Da er davon ausgehe, dass kommunale Interessen berührt seien, habe er die kommunalen Spitzenverbände mit Schreiben vom 6. Oktober gebeten, binnen einer Frist von vier Wochen eine Stellungnahme abzugeben. Hinweisen wolle er auf den Antrag in der Drucksache 13/4399 der FDP-Fraktion "Polizei neu aufstellen - Polizeireform jetzt" vom 1. Oktober 2003. Sollte das Plenum auch diesen Antrag an den Innenausschuss überweisen, mache sicherlich eine gemeinsame Beratung mit dem heute aufgerufenen Antrag Sinn.

**Frank Baranowski (SPD)** legt dar, angesichts des Antrages, die Landesregierung zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen, die Ergebnisse vorlegen solle, die Gegenstand von Ausschussberatungen sein sollten, frage er sich, ob es Sinn mache, noch damit zu warten, die Landesregierung zu beauftragen. Er halte es für sehr viel sinnvoller, bereits jetzt die Landesregierung zu beauftragen, eine Kommission einzusetzen, damit sich der Ausschuss möglichst bald mit den Ergebnissen auseinandersetzen könne.